

# „WIR VERMITTELN SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN ZU WENIG, WIE DEMOKRATIE UND PARLAMENTE FUNKTIONIEREN.“

## Interview mit Annette Greilich

Kristina Augst

Annette Greilich ist seit 2011 Schulleiterin der Wirtschaftsschule am Oswaldsgarten in Gießen. In ihrer Funktion als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Direktor\*innen an den beruflichen Schulen und den Studienseminaren für berufliche Schulen in Hessen war Frau Greilich 2014/2015 Mitglied im Bildungsgipfel der Hessischen Landesregierung mit Schwerpunkt berufliche Bildung und ist jetzt Sachverständige der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ des Deutschen Bundestages.



**Frage:** Frau Greilich, lange hieß es, die jetzige Jugend sei unpolitisch und würde höchstens per Klick ein politisches Anliegen unterstützen. Nun erleben wir, dass Schüler\*innen freitags während der Schulzeit demonstrieren. Wie schätzen Sie „die Jugend“ ein? Und wie erleben Sie die Situation an den Berufsschulen?

**Greilich:** Es freut mich, dass Sie eine solche Frage stellen. Sie ist vor allem nicht pauschal zu beantworten. An unserer Schule engagieren sich Schülerinnen und Schüler für die Schülervertretung, sie engagieren sich in politischen Jugendorganisationen und sie nehmen zum Teil auch an den „Fridays for Future“-Demonstrationen teil. Aber leider nicht alle Jugendlichen, die an den Demonstrationen teilnehmen, wissen wirklich, wofür oder wogegen freitags demonstriert wird. Daran müssen wir Schulen etwas ändern. Auch nehme ich wahr, dass eher die Schülerinnen und Schüler der Vollzeitschulformen an den Demonstrationen teilnehmen, die Schülerinnen und Schüler der Teilzeitberufsschule deutlich weniger. Für sie ist die Unterrichtszeit ja auch Arbeitszeit, also müssen auch die Arbeitgeber einverstanden sein, dass durch Demonstrationen Unterricht ausfällt. Um auch diesen Schülerinnen und Schülern die Teilnahme zu ermöglichen, wäre vielleicht eine regelmäßige Samstagdemo eine Alternative zum Termin am Freitagvormittag. Ich erinnere mich an das Ende des DDR Regimes, da fanden Demos immer Montagabends statt. Das kollidierte auch nicht mit Unterricht und war sehr erfolgreich.

**Frage:** Haben die Schulen in den letzten Jahren im Blick auf die politische Bildung Wichtiges versäumt? Und wie verhalten sich in Ihren Augen die Notwendigkeit politischer Neutralität und die Forderung nach politischer Bildung zueinander?

**Greilich:** Ich bin ja nicht in jedem Unterricht dabei. Ich bin aber aus meiner eigenen unterrichtlichen Erfahrung und aus den Berichten von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern überzeugt, dass wir Schülerinnen und Schülern zu wenig vermitteln, wie Demokratie und Parlamente funktionieren. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Teilnahme an Parlamentssitzungen und die Erläuterungen im Landtag und im Bundestag sehr viel helfen, Politik zu verstehen. Auch die Teilnahme an Sitzungen der Kommunalparlamente kann eine Möglichkeit sein, politische Arbeit kennen und verstehen zu lernen. Durch die Auseinandersetzung mit Parteiprogrammen und Aussagen von Politikern haben Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit, sich eine eigene Meinung zu bilden. Unsere Pflicht in der Schule muss es sein, alle Informationen ungefärbt weiterzugeben und gemeinsam kritisch zu hinterfragen. Das mag manchmal nicht einfach sein, muss aber sein, damit Schülerinnen und Schüler sich eine eigene Meinung bilden können und lernen, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen.

**Frage:** Da würde ich gerne noch einmal nachhaken. Geht es um neutrale Informationsvermittlung oder um leidenschaftliches Werben für Demokratie und Menschenrechte?

**Greilich:** Es geht um leidenschaftliches Werben für Demokratie und Menschenrechte. Es geht um leidenschaftliches Werben für aktive Teilnahme an demokratischen Prozessen und um ganz intensive Information über Politik, damit Schülerinnen und Schüler nicht auf „Rattenfänger“ aus radikalen Richtungen hereinfliegen. Das alles zu erreichen ist nicht einfach und fordert sehr viel Fingerspitzengefühl. Die nachfolgenden Generationen sind es aber wert, dass wir uns in diesem Bereich so anstrengen.

**Frage:** Sehen Sie eine spezifische Aufgabe für den Religionsunterricht im Blick auf demokratische und politische Bildung?

**Greilich:** Der Religionsunterricht hat für mich in den Schulen einen ganz hohen Stellenwert. Neben der Information über die vielen Religionen in unserem Land ist es für mich der Unterricht, in dem vor allem Toleranz, Demokratie und Rücksichtnahme erfahren und eingeübt werden können und müssen. Damit unterstützt der Religionsunterricht den Unterricht in PoWi und in allen anderen Fächern. Irgendwie klingt meine Antwort vielleicht zu harmlos, das soll aber auf gar keinen Fall so sein. Wir müssen uns vor allem im Kontext des Religionsunterrichtes Gedanken darüber machen, wie wir mit den vielen verschiedenen Religionen in unseren Schulen umgehen und wie wir Schülerinnen und Schüler – auch über ihre eigene Religion, z. B. den Islam – so informieren, dass sie sich ein objektives Bild ihres Glaubens machen können und nicht in der Gefahr sind, radikalisiert zu werden.

**Frage:** Gibt es etwas, was Sie sich vom Land Hessen in diesen Fragen wünschen?

**Greilich:** Ich hätte mir vom Kultusminister eine klare Aussage gewünscht, wie wir Schulen mit den Demonstrationen an den Freitagen umgehen sollen. Die Verantwortung wird auf die Schulen verlagert. Bei uns Berufsschulen ist das nicht ganz so problematisch, weil unsere Schülerinnen und Schüler meistens volljährig sind. Bei jüngeren Schülerinnen und Schülern sehe ich da ein Problem mit der Aufsichtspflicht. Und insgesamt muss zwischen Demonstrationsrecht und Schulpflicht abgewogen werden. Daneben sehe ich das Problem, dass der PoWi-Unterricht aus meiner Sicht völlig überfrachtet ist. Schülerinnen und Schüler sollen Kompetenzen zur demokratischen Teilhabe entwickeln und gleichzeitig ökonomische Kompetenzen entwickeln, die es ihnen möglich machen, unsere globale Welt zu verstehen und in ihr verantwortungsbewusst zu leben. In manchen Schulformen wird auch noch die Berufsorientierung in diese Stunden gelegt. Das alles ist in den wenigen Stunden, die uns pro Woche für das Fach PoWi zur Verfügung stehen, nicht erreichbar. Sprich: wir brauchen mehr Zeit, vor allem für außerschulisches Lernen, dass nicht bei Demos auf der Straße stattfindet, sondern in Parlamenten und in politischen Diskursen.

